

■ Im Prinzip Ja ...

Die Ministerpräsidentenkonferenz und die Bundeskulturstiftung

Seit dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 25./26. Oktober in Saarbrücken, die Entscheidung über die Errichtung einer gemeinsamen Kulturstiftung von Bund und Ländern (zu Vorgeschichte und Konzeption vgl. *Kulturpolitische Mitteilungen* Nr. 94, S. 4f.) zu vertagen und die Zustimmung von einer »verfassungsrechtlich tragfähigen Abgrenzung der jeweiligen Aufgaben und Kompetenzen« abhängig zu machen, ist eingetreten, was zuvor schon befürchtet worden war: Die Idee steckt fest im Grundsatzstreit. Bereits bis zum Gespräch der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler am 20. Dezember soll ein Vorschlag vorliegen, wie die Kompetenzen neu geregelt werden können, um danach ein »ergebnisoffenes Gespräch« über die Überlegungen des Bundes zur Gründung einer gemeinsamen Kulturstiftung zu führen. Ende März 2002 soll das Thema dann wieder auf der Tagesordnung der Ministerpräsidentenkonferenz stehen. Bis dahin erwarten die Regierungschefs der Länder, dass der Bund keine vollendete Tatsache schafft, weil dies »jeglichen Verhandlungen die Grundlage entziehen« würde (MPK aktuell, www.mpk.saarland.de/10006-10618.htm).

Schlimmer hätte es fast nicht kommen können. Denn wer glaubt schon daran, dass es möglich und noch dazu politisch klug wäre, quasi in einer Monatsfrist das komplizierte Geflecht der Mischfinanzierungen und Kompetenzverflechtungen zwischen Bund und Ländern im Kulturbereich auch nur auf dem Papier zu entzerren – ganz abgesehen davon, welcher Streit damit (für das Wahljahr!) vorprogrammiert würde. Denn natürlich gäbe es auch dabei Gewinner und Verlierer, und der Bund müsste mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn er dieses heiße Eisen zur Unzeit anpackte. Ein schlechter Scherz also von Radio Eriwan? Entsprechend harsch waren die Reaktionen auf diesen »schlimmsten anzunehmenden Fall« (Waldemar Ritter). Der *Bundesverband Deutscher Galerien* sprach von einem »Versagen in großer Sache«. Und die *FAZ* bezeichnete diesen »unfreundlichen Akt« als »kaum verhüllten Affront«, der »bei-

nahe schon den Tatbestand der Bösartigkeit« erfülle (27.10.01, S. 39).

Auch wenn diese Formulierung überzogen scheint, so ist doch eine heikle Situation entstanden, die kulturpolitisch nur schwer zu begreifen, geschweige denn zu vermitteln ist. Deshalb hat sich auch die *Kulturpolitische Gesellschaft* dazu geäußert und darauf hingewiesen, dass die Kulturschaffenden, die Kulturinstitute und kulturellen Mittlerorganisationen sich ein entscheidungsfreudiges und verbindliches System des Kulturföderalismus wünschen, das sich entschieden für die Kunst einsetzt. Nachdem die Kultusministerkonferenz seit Jahrzehnten eher schwerfällige Arbeit geleistet habe, dürften jetzt nicht auch noch die Regierungschefs eine Blockadepolitik betreiben, die kein Mensch mehr verstehen könne. »Politik, auch Kulturpolitik« – so heißt es in der Presserklärung – »setzt Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Akteure voraus. Vor allem die Länder tragen jetzt die Verantwortung dafür, dass es nicht beschädigt wird. Sie sind am Zug.«

Aktiv geworden sind zunächst nicht jedoch die Länder, sondern der Bund, genauer: der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, der am 15. November dem Staatsminister Nida-Rümelin seinen bisher größten Erfolg bescherte, in dem er – sei es aus politischem Kalkül, sei es aus innerer Überzeugung für das Projekt – den Ansatz für die Bundeskulturstiftung von 25 Mio. DM im Jahr 2002, über 50 Mio. DM in 2003 auf 75 Mio. DM ab dem Jahr 2004 erhöht und über Verpflichtungsermächtigungen abgesichert hat. Deutlicher kann der kulturpolitische

Wille der Regierungskoalition kaum zum Ausdruck gebracht werden, die geplante Stiftung notfalls auch im Alleingang auf den Weg zu bringen. Die Stiftungssatzung, so ist zu hören und zu lesen, sei inzwischen »gerichtsrestfest«, so dass der angekündigte Wettlauf der Landesregierungen nach Karlsruhe (Staatsminister Zehetmair) nicht zwingend zu einem Erfolg der Landesfürsten führen muss.

Für die Länder wird es also schwieriger,

Aufruf zur Unterstützung der Bundeskulturstiftung

Der Vorstand der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.* hat am 7. September 2001 eine Erklärung zur Bundeskulturstiftung abgegeben und ihre Mitglieder in einem Aufruf gebeten, dieses Vorhaben zu unterstützen. Bislang (Stand Ende November) sind ca. 200 Adressaten diesem Aufruf gefolgt. In der Erklärung war ein Appell an die Ministerpräsidenten enthalten, »die Idee einer Bundeskulturstiftung konstruktiv aufzugreifen und nicht im Grundsatzstreit zu zerreden.« Der Ministerpräsident des Landes Hessen hat darauf positiv reagiert und in einem Schreiben an die Kulturpolitische Gesellschaft zum Ausdruck gebracht, dass die Hessische Landesregierung mit der Erklärung (in dem Schreiben heißt es »mit Ihnen«) übereinstimmt und die Idee einer gemeinsamen Kulturstiftung des Bundes und der Länder unterstützt. Den Text der Erklärung finden Sie auf unserer Internet-Seite (www.kupoge.de). Bitte unterstützen auch Sie unseren Aufruf!

ihre Position zu begründen – nicht, weil sie keine Argumente hätten, sondern weil die Verweigerung nur alte Vorbehalte gegen föderale Immobilität zementieren und nicht wirklich als Bestandteil eines Reformprojektes verstanden würde. Hinzu kommt, dass die Haltung der Ministerpräsidenten in dieser Frage so einheitlich und sattelfest nicht sein kann. So ist z.B. bekannt, dass Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, seit kurzem Präsident des Bundesrates, sich mehrfach öffentlich für eine gemeinsame Stiftung des Bundes und der Länder ausgesprochen hat. Mögen dafür noch Standortinteressen geltend gemacht werden, so sind solcherlei Eigeninteressen in Hessen weni-

ger zu vermuten, das sichjüngst an die Seite der Befürworter stellte. So heißt es in einem Schreiben von Ministerpräsident Roland Koch an die *Kulturpolitische Gesellschaft*: »Die Landesregierung ... unterstützt die Idee einer gemeinsamen Kulturstiftung des Bundes und der Länder.« (Schreiben v. 19.11.01) Und es wäre schon verwunderlich, wenn nicht das eine oder andere ostdeutsche Bundesland dies ähnlich sähe.

Seitens der Länder gilt jedoch der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder von Saarbrücken, erst die Kompetenzen zu entflechten, um dann über eine gemeinsame Stiftungslösung nachzudenken. Der Bund hat seinen Willen bekräftigt, darauf nicht zu warten, sondern ggf. im Alleingang eine Bundeskulturstiftung aufzubauen. Welcher Ausweg ist jetzt noch denkbar? Welche Kompromissformel könnte ein Zu-

sammengehen von Bund und Ländern in dieser Frage doch noch möglich machen? Viel wird davon abhängen, wie das Gespräch mit dem Bundeskanzler am 20. Dezember ausgeht. Wichtig ist: Noch ist die Tür nicht zugeschlagen, und die Voraussetzungen sind so schlecht nicht, sie noch ein wenig weiter zu öffnen. Denn den politischen Akteuren auf beiden Seiten wird doch klar sein, dass es nicht so leicht sein wird, das symbolträchtige Projekt ohne politischen Schaden wieder von der Agenda zu streichen.

So bleibt zu hoffen, dass nach dem Kanzlergespräch bald Klarheit herrscht, wie es weitergeht, damit endlich über Inhalte, Verfahren und Prioritäten der geplanten Stiftung gestritten werden kann. Radio Eriwan hat auf Dauer nur einen begrenzten Unterhaltungswert.

Norbert Sievers

■ Gerührt, nicht geschüttelt

Zur Reform des Urhebervertragsrechts

Eigentlich ist sie schon 35 Jahre alt. Die Geschichte einer Reform des Urheberrechts. Schon die Große Koalition Mitte der 60er Jahre hatte sich bemüht, die soziale Lage der KünstlerInnen und sonstigen Kulturschaffenden durch eine Verbesserung ihres rechtlichen Status zu heben. Im Kern geht es seitdem darum, das Verhältnis zwischen KunstproduzentInnen einerseits und KunstverwerterInnen andererseits zugunsten der ersten zu reformieren.

Auch die jetzige Bundesregierung hatte bei Amtsübernahme eine erneute Inangriffnahme des Urheberrechts versprochen und war dazu wohl auch durch europäische Vorgaben und Entwicklungen der Neuen Medien ermuntert worden. Konkret sollte den Urhebern für die Nutzung ihrer Werke durch Verlage, Galerien, Labels etc. zukünftig von Gesetz wegen eine »angemessene« Mindestvergütung zustehen; zudem sollte ihr rechtlicher Status bei Verhandlungen mit der Gegenseite gestärkt werden. Ein entsprechender Regierungsentwurf wurde bereits im Mai d.J. verabschiedet und hat, wie zu erwarten, den erneuten und massiven

Protest der Verwertungseite hervorgerufen. (S. auch *Kulturpolitische Mitteilungen* Heft 94 III/2001, S. 22-25, »Kulturpolitischer Streifzug« und S. 102-103, »Im Wortlaut«)

Dabei hatte dieser Entwurf bereits etliche ihrer Bedenken berücksichtigt. Also kam es kurz vor der Beratung des zuständigen Rechtsausschusses erneut zu Änderungen und nun – so ist zu hören – zu einer weiteren, inzwischen 3. Novellierung des Vertragsentwurfs durch das Bundesjustizministeriums. Dabei scheint man wieder der Verwerterseite zulaufen der KünstlerInnen entgegengekommen zu sein (so soll z.B. das Gesetz nicht für Freie Kunstproduzenten gelten), um seine Passierung im Bundesrat nicht zu gefährden.

Die Bundesregierung jedenfalls möchte noch in diesem Jahr das Reformvorhaben durch den Rechtsausschuss des Bundestages und anschließend durch das Parlament bringen. Die KünstlerInnen dürfen also gespannt sein, was ihnen diesmal der Weihnachtsmann bringen wird.

F.K.



Offenbar erfolgreich war die großangelegte Kampagne der Kulturwirtschaft, die in überregionalen Zeitungen gegen die Novelle mobil machte.

++In Kürze++In Kürze++

»Sicherheitspolitik ist auch Kulturpolitik«

Das Goethe-Institut Inter Nationes will seine Außenstelle in der weitgehend zerstörten afghanischen Hauptstadt Kabul so bald wie möglich wieder aktivieren. »Wir werden Außenminister Joschka Fischer in einem Gespräch am 11. Dezember den dringenden Vorschlag machen, dort unser Institut wieder zu beleben«, sagte der scheidende Präsident Hilmar Hoffmann. »Die Wiedergründung des Goethe-Instituts in Kabul kostet 750.000 Mark, sehr viel weniger als ein Spürpanzer«, so Hoffmann. »Eine halbe Milliarde Mark wird für die Sicherheitspolitik zur Verfügung gestellt, aber Sicherheitspolitik ist auch Kulturpolitik.« Auch in Teheran, Havanna, Algier und Schanghai sind neue Büros geplant. Bei der Vorlage seines Jahresberichtes 2001 übte Hoffmann scharfe Kritik an der Sparpolitik des Bundes beim Goethe-Institut.

Seit 1994 seien weltweit 32 Goethe-Institute geschlossen worden. »Das war ein schwerer Fehler und wurde von den betroffenen Ländern als eine Art Liebesentzug der Bundesregierung empfunden, es berührte den Stolz und das Selbstverständnis der Länder.« (nach dpa)

Aufstockung des Etats für auswärtige Kulturpolitik

Der Dialog der Kulturen kostet Geld. Das Auswärtige Amt hat den Etat für seine Kulturarbeit deshalb kurzfristig aufgestockt und stellt beispielsweise für sein Sonderprogramm »Dialog mit der islamisch geprägten Welt« kurzfristig mindestens 10 Millionen Mark zur Verfügung. Eine Summe, von der auch die Goethe-Institute profitieren.

Der Betrag werde voraussichtlich noch erhöht, berichteten Monika Griefahn (SPD) und Rita Griebhaber (Bündnis 90 / Grüne) als Beauftragte der Regierungsfractionen für die auswärtige Kulturpolitik. Da diese seit dem 11. September mehr denn je gefordert sei - im Dienst der Konfliktprävention und der Förderung demokratischer Entwicklungen - habe die Bundesregierung insgesamt 429 Millionen Mark als Sondermittel aus dem Anti-Terror-Paket bereitgestellt: Mittel, die größtenteils für Sicherheitsmaßnahmen gebraucht werden, aber auch mit 5 Millionen Mark Stipendienprogramme und Auslandsschulen unterstützen.

Reife Zeiten?

Im November haben Künstler gegen die Kulturpolitik der Bundesregierung protestiert und ihre Enttäuschung über vom rot-grünen Aufbruch nicht erfüllten Erwartungen geäußert. Die Initiatoren, die Aktion für mehr Demokratie um Klaus Staack und Johano Strasser, wenden sich mit harten Worten gegen eine Politik, die auf Privatisierung und Sparhaushalte setze: »Wo die ökonomischen Erfolgskriterien des globalisierten Kapitalismus zu den Leitwerten der Gesellschaft werden, droht ein Totalitarismus neuer Art« und plädiert für einen »Wiederanschluss an die Fortschritts- und Wachstumskritik der 70er und 80er Jahre«. Der Text »Die Zeit ist reif!«, der bereits eine ganze Reihe an Unterzeichnern gefunden hat, ist über www.soziokultur.de zu finden.